

Der Führer des Betriebs (FdB) und sein „Feldwebel“: Heinrich Morsbach und Heinrich Clausen auf der Zeche Westfalen (1933-1945)

Einführung¹

Das nationalsozialistische Regime ging unmittelbar nach Machtantritt dazu über, mögliche Gegner, vor allem aus der Arbeiterbewegung, kaltzustellen. Statt der Betriebsräte wurde eine Arbeitnehmervertretung in Form eines Vertrauensrats unter Vorsitz eines Obmanns installiert. Heinrich Clausen war als Betriebsobmann der Zeche Westfalen in Ahlen fast ein Jahrzehnt in dieser Funktion tätig und nahm im nationalsozialistischen Sinn Einfluss auf die Arbeitspolitik. Immer wieder setzte er sich mit Bergassessor Heinrich Morsbach, dem Bergwerksdirektor der Zeche Westfalen, mit dessen Vorgänger und anderen leitenden Persönlichkeiten auseinander und verfocht unachtsichtig seine Position. Beide, Morsbach und Clausen, bestimmten den Kurs, den die Zeche durch die zwölf Jahre des Nationalsozialismus in Zeiten von Kohlenkrise und Krieg nahm. Die NS-Betriebspolitik war kein monolithischer Block, trotz aller beanspruchter „Klassenharmonie“ blieben Arbeiterinteressen

und Arbeitgeberstandpunkt in nationalsozialistischer Verbrämung existent, wie sich an den beiden Protagonisten deutlich machen lässt.

Ausschaltung gewählter Betriebsräte

Nach der Verhaftung der alten, nach dem Betriebsrätegesetz von 1920 gewählten Arbeitnehmervertretung, der Entlassung politisch unliebsamer Arbeiter auf der Grundlage des Gesetzes vom 4. April 1933 und dem sogenannten Ermächtigungsgesetz vom März 1933 waren alle demokratischen Strukturen abgeschafft, und das Arbeitergremium sollte zum Claqueurverein degradiert werden. Am 12. April 1933 teilte die Zeche Westfalen mit, „dass der bisherige Betriebsrat abgesetzt und dass ein kommissarischer Angestellten- und Arbeiterrat an seine Stelle getreten ist“.² Zu diesem Rat zählten neben dem Hauer Heinrich Clausen auch Lehrhauer Heinrich Schröter, Hauer Peter Mendrina und Schlosser Gustav Aeugle, die sicher alle der NSDAP angehörten. Die Männer, die auf der Zeche Westfalen zunächst als Vertrauensräte benannt wurden, erhielten am 18. April 1933 die formelle Bestätigung im Amt vom Landrat des Kreises Beckum.³ Sie legten ein Gelöbnis ab, „nur dem Wohle des Betriebes und der Gemeinschaft aller Volksgenossen“ zu dienen.⁴ Von Interessenvertretung war keine Rede mehr.

Der alte Betriebsrat der Zeche Westfalen war vorwiegend mit Kommunisten besetzt gewesen. Peter Glomb, Mitglied des 1931 von Albert Funk gegründeten kommunistischen Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands (EVBD), war Vorsitzender dieser gewählten Arbeitervertretung.⁵ Noch bei den letzten Betriebsratswahlen am 28. März 1933 hatte der EVBD mit 50,69 Prozent die absolute Mehrheit erreicht, während sich die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) – eine Art nationalsozialistischer Gewerkschaftersatz – mit schmalen 8,4 Prozent der Stimmen begnügen musste. Doch das demokratische Wählerotum spielte keine Rolle mehr, die NSBO konnte sich auf die Macht der Regierung stützen, und das reichte. Damit war das Ende des EVBD besiegelt. Unliebsame kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter wurden entlassen, das „Gesetz über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen“

The leader of the enterprise and his sergeant: Heinrich Morsbach and Heinrich Clausen at the Westfalen colliery (1933-1945)

Drawing on the pit newspaper 'Der Westfale' and documents sourced from the mining archive in Bochum, the paper portrays two protagonists from the Westfalen colliery in Ahlen during the era of National Socialism: Heinrich Morsbach, the 'leader of the enterprise', and shop steward Heinrich Clausen. While both were unequivocally committed to Nazi ideology and the associated business organisation model, they worked towards divergent goals in the field of company social policy. Embracing the standards of the Deutsche Arbeitsfront (German Labour Front), Morsbach made his mark in the area of family welfare, while Clausen pursued a National Socialist agenda based on working conditions.



Abb. 1: Im Betriebsratsbüro der Zeche Westfalen 1933 beschlagnahmtes Plakat des Roten Frontkämpfer-Bundes, o. D. (Quelle: LAV NRW Westfalen, Generalstaatsanwaltschaft Hamm, Nr. 12801)



Abb. 2: Im Betriebsratsbüro der Zeche Westfalen 1933 beschlagnahmte Zeitung des Roten Frontkämpfer-Bundes, o. D. (Quelle: LAV NRW Westfalen, Generalstaatsanwaltschaft Hamm, Nr. 12801)

vom 4. April 1933 legitimierte nun, was auch zuvor schon einmal praktiziert worden war: „Säuberungen“ fanden statt, ohne dass nach § 84 des Betriebsrätegesetzes noch ein Einspruch dagegen möglich gewesen wäre.⁶ Stattdessen wurden jetzt bevorzugt NSDAP-Mitglieder neu angelegt.

Vertreter der NSBO, darunter wohl auch Heinrich Clausen, stürmten am 11. April 1933 das Büro des Betriebsrats und stellten dort alles auf den Kopf. Sie besaßen allerdings keinerlei Polizeigewalt, wie der erste Bürgermeister von Ahlen kritisierte. Die NSBO-Männer fanden dort Flugblätter, die zum Widerstand ge-

gen den Nationalsozialismus aufriefen: „Was tut Hitler? Was werden wir Kommunisten nach unserer Machtergreifung tun?“⁷ Doch im Getöse um das vermeintlich kriminelle Verhalten des Betriebsrats ging die Frage nach der Legitimation völlig unter.

Im Jahr 1933 fand auch deshalb keine Vertrauensratswahl statt, weil sich die politischen Unterhändler hinter den Kulissen noch nicht einig geworden waren, wodurch man die alten Betriebsräte ersetzen wollte – und ob überhaupt. Es brauchte noch einige Zeit, bis die verschiedenen Interessensprotagonisten der NSDAP und ihrer Untergliederungen ein Konzept vorlegen konnten, wie man in den Betrieben verfahren wollte. Erst das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit (AOG) schaffte im Januar 1934 etwas mehr Klarheit. Es legte fest, dass es einen gewählten Vertrauensrat geben sollte. Und entsprechend fanden am 17. und 18. April 1934 die Wahlen zum Vertrauensrat statt.

Allen Bestrebungen der neuen Machthaber zum Trotz konnte von Ruhe auf der Zeche Westfalen in den Jahren 1933 bis 1935 keine Rede sein, nicht mit einem Obmann wie Heinrich Clausen (1902-1982), dem „Statthalter der Partei im Betrieb“.⁸ Der Sohn eines kaiserlichen Musikdirektors beim Militär stammte aus Neumünster und hatte im Jahr 1925 auf der Zeche Westfalen in Ahlen die Arbeit aufgenommen. Heinrich Clausen war ein überzeugter NS-Mann, der sich schon seit einigen Jahren in der NSBO engagiert hatte. Seine evangelische Konfession hatte er irgendwann aufgegeben.

Für ihn, dem zwar eine solide Ausbildung fehlte – das Gymnasium hatte er abgebrochen –, nicht aber bemerkenswerte Ambitionen, war 1933 die große Stunde gekommen. Nun bot sich ihm die Chance, seine Talente zu nutzen und ins politische und betriebliche Leben gestaltend einzugreifen. Er setzte sich mit großem Eifer dafür ein, dass seiner Auffassung vom wahren Nationalsozialismus, vom „Arbeiter der Hand und der Stirn“,

zur Realität verholphen werde. Dabei war für ihn der Sozialismus im Begriff Nationalsozialismus nicht nur eine Floskel, sondern ein Aspekt, der in seinem Eintreten für Arbeiterinteressen stets Bedeutung zu haben scheint. Clausen, der seit 1925 auf der Zeche tätig war und als einziger Bergmann 1933 für die NSDAP im Stadtrat von Ahlen saß, füllte als Mann der NSBO, die sozialrevolutionäre Ziele verfolgte, bereits per Ernennung eine wichtige Funktion aus. Gerade die Zeit, als die innerbetrieblichen Machtstrukturen noch nicht ausgehärtet waren, nutzte Clausen für seinen Kampf gegen die kapitalistischen Verhältnisse.



Abb. 3: Das zerstörte Betriebsratszimmer der Zeche Westfalen, 1933. (Quelle: LAV NRW Westfalen, Generalstaatsanwaltschaft Hamm, Nr. 12801)

Clausen im Kampf gegen die Zechenoberen

Am 20. April 1933 fand auf der Zeche Westfalen die „erste Belegschaftsversammlung im Zeichen der neuen Ära unter Leitung der NSBO“ statt, wie die Glocke am 21. April 1933 berichtete. Die Mitglieder der NSBO gehörten in der Regel der NSDAP an und hatten in Heinrich Clausen einen selbstbewussten, streitbaren Sprecher. Auf manchen Bergwerken vertraten sie einen radikalen Antikapitalismus, so auch Clausen.⁹ Als Vorsitzender der NSBO gedachte Clausen bei dieser ersten Versammlung auch des Führers Geburtstags passend mit „Heil auf den Führer“ und „Sieg Heil“.

Schon im Sommer 1933 entbrannte der Streit zwischen Clausen und der Zechenleitung so heftig, dass es zu einem Prozess vor dem Arbeitsgericht in Hamm kam. Und zwar weigerte sich Clausen als kommissarischer Arbeitervertreter, ab dem 1. Juli 1933 „Geldstrafen anzuerkennen“, die den Bergleuten für das Fördern unreiner Kohlen abverlangt wurden. Auch die Zeche Sachsen in Heessen hatte diese Geldstrafen seit Jahren abgeschafft.¹⁰ Auf Clausens Initiative hin wurde diese Praxis der Sanktion auch auf der Zeche Westfalen eingestellt – allerdings nur vorübergehend. Derweil drohte man dem Obmann mit dem Arbeitsgericht und führte die Strafen zum 1. September 1933 wieder ein.

Beim Prozess am 14. November 1933 vor dem Arbeitsgericht in Hamm erklärte Clausen: „Auf der Zeche Westfalen werden die Kumpels ‚in unverschämter Weise‘ ausgepresst. Die Zechenverwaltung betreibt auch heute noch eine ‚skrupellose Ausbeutung der Arbeiter nach altem liberalistischen Muster‘“.¹¹ Dieses Ausbeutungsverhalten widersprach Clausens Auffassung vom Nationalsozialismus, der ja nicht zufällig den Begriff Sozialismus im Namen führte. Weder mit seiner kämpferischen Auffassung und noch viel weniger damit, sie im Prozess zu verfechten, machte sich Clausen bei der Betriebsleitung beliebt.¹²

Als im Sommer 1934 der Bezug von Fett für die Arbeiterschaft der Zeche günstiger geworden war, kam es zu einem weiteren Konflikt. Denn Clausen hielt die Fettverbilligung für „nicht gerecht“. Er war der Ansicht, „daß die Fettkarten auf Grund der Familienverhältnisse und nicht auf Grund der im Monat verfahrenen Schichten zugeteilt werden müßten.“ Man solle so vorgehen wie in Bockum-Hövel, wo auf der Zeche Radbod alle, die drei oder mehr Kinder hatten, Scheine erhielten.¹³ Somit besaß hier das soziale Argument für Clausen Vorrang vor dem Leistungsprinzip. An anderer Stelle setzte er sich dafür ein, dass die Bergleute bei Geburt eines Kindes einen freien Tag erhielten.¹⁴

Auch bei seiner Rede zum ersten Betriebsappell hob Clausen so sehr auf den Gegensatz von Belegschaft und Führung ab,



Abb. 4: Heinrich Clausen, um 1940. (Quelle: privat)

statt alle Gräben zu nivellieren, wie es opportun gewesen wäre, dass erneut ein Streit eskalierte. Daher wandte sich Friedrich de Marées, ein leitender Beamter der Zeche, mit Klagen an den Treuhänder der Arbeit in Essen und beschwerte sich am 1. Februar 1935 über Clausens Haltung, jetzt, „wo Führer und Gefolgschaft eins sind und sein sollen“.¹⁵

Die Zeche Westfalen nahm den Regierungsantritt der NSDAP willig hin und begrüßte die Absetzung des Betriebsrats, denn führende Männer aus der konservativen Bergassessorengruppe hatten schon eine Weile auf die Eindämmung der Mitbestimmung und die Abschaffung der Demokratie gehofft.¹⁶ Und die Deutsche Continental Gas-Gesellschaft (DCGG) begrüßte als Eigentümerin der Gewerkschaft Westfalen die Ausschaltung der Interessenvertretung der Arbeiter ebenso.¹⁷ Das Ziel der Bergbau-Vertreter war es nämlich, wie Ernst Brandt als Vorstandsvorsitzender des Bergbauvereins erklärte, „am großen Werk der nationalen Regierung unter Führung Hitlers und seiner gewaltigen Volksbewegung“ mitzuarbeiten und diese Arbeit nicht durch Unruhe und Streitigkeiten in den Betrieben gefährden zu lassen.¹⁸ Denn „Adolf Hitler hat wahrgemacht, was wir erhofft und ersehnt und in jahrzehntelangem Ringen und ehrlichem Streben

nicht zu erreichen vermochten: die nationale Einigung und den Arbeitsfrieden, der in dem großen Gedanken der Arbeitsfront nun, wie wir alle hoffen und mit erstreben wollen, zur beglückenden Tat wird.“¹⁹

Nicht nur die Mitglieder des Vertrauensrates, die sowieso jederzeit die Gewähr bieten mussten, für den Staat einzutreten, sollten nach Clausens Dafürhalten Parteimitglieder sein, sondern auch jedes Gefolgschaftsmitglied sollte der Deutschen Arbeitsfront (DAF) angehören. Die DAF, die im Mai 1933 von Dr. Robert Ley gegründet worden war, stellte gewissermaßen die Nachfolgeorganisation der Arbeitnehmervertretung dar; nur sollten hier beide Seiten, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, einvernehmlich zusammenarbeiten. Clausen verwies darauf, dass die DAF-Mitgliedschaft auf der Zeche Sachsen in Heessen Teil der Betriebsordnung war. Doch die Ahleener Betriebsführung wehrte sich dagegen und Erich Quentin (geb. 22. August 1887), der bis 1935 die Zechenleitung innehatte, stellte auch „politisch nicht einwandfreie“ Leute ein.²⁰ Die Zechendirektion hatte zwar begrüßt, dass die Arbeiterbewegung nicht mehr zählte und dass sozialistische Bergleute problemlos entlassen werden konnten, dass nun aber jeder Arbeiter obligatorisch der Parteiformation der Deutschen Arbeitsfront angehören sollte, das ging ihr zu weit. Clausen, der auch für die NSDAP im Stadtrat aktiv war, betonte geharnischt: „Ich habe von der Partei die strikteste Anweisung unter keinen Umständen zu dulden, dass auch nur ein Mann eingestellt wird, den ich nicht überprüft habe.“²¹

Clausen ließ sich durch keine Scheu vor Vorgesetzten bremsen und blaffte – wohlgermerkt mit der Partei im Rücken – den leitenden Beamten de Marées, einen Vertreter des Grubenvorstandes aus Dessau, an: „Wenn Sie zur Partei gehörten, würde ich Sie anders belangen.“²² Quentin wiederum klagte, dass Clausen „Unruhe im Betrieb“ erzeuge.²³ Der Kreisleiter der DAF stellte sich allerdings nicht hinter Clausen, sondern erklärte: „Eine zwingende Vorschrift, dass nur Mitglieder der DAF Gefolgschaftsmitglieder sein können, kann von mir nicht verfügt werden, da die Mitgliedschaft zur DAF auf Freiwilligkeit beruht.“²⁴ Diese und ähnliche Streitigkeiten, die so gänzlich jedes Vertrauen zwischen Leitung und Belegschaft vermissen ließen, waren wohl der Hintergrund dafür, dass Quentin und de Marées dem Bergwerk in Ahlen den Rücken kehrten. „Unter den obwaltenden Umständen ist ein gemeinsames und ersprießliches Arbeiten und ein gegenseitiges Vertrauen innerhalb der Betriebsgemeinschaft nicht zu erzielen.“²⁵ Worum es im Einzelnen ging, lässt sich nicht mehr feststellen, Nachdem Quentin im Herbst 1935 seinen Sessel geräumt und de Marées sich nach Hamm ins Privatleben zurückgezogen hatte, lagen alle Hoffnungen für einen neuen Anfang auf dem Bergassessor Heinrich Morsbach, dem Neffen des früheren Bergwerksleiters Reinhold Morsbach.

Das Gesetz zur „Ordnung der nationalen Arbeit“

Erst im Frühjahr 1934, nachdem das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit erlassen war (AOG), schritt man zur ersten Wahl eines Vertrauensrats, und zwar nach einer Liste, die in Abstimmung mit dem Führer des Betriebs (FdB) aufgestellt worden war. Zehn Mitglieder und zehn Stellvertreter standen am 17. und 18. April 1934 für den Vertrauensrat zur Wahl und wurden am 2. Mai vereidigt. Die Wahlmöglichkeiten waren gering, allenfalls das geringere Übel konnte man wählen, nicht aber einen aktiven Widerpart zur Kontrolle der Arbeitgeberinteressen.



Abb. 5: Bergleute der Zeche Westfalen nach der Hauerprüfung, zweiter von links Heinrich Clausen, o. D. (Quelle: privat)

Mit dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit im Januar 1934 setzte der NS-Staat an die Stelle der Betriebsräte den Vertrauensrat. Nach § 6 Abs. 1 AOG hatte der Vertrauensrat die Aufgabe „unter Leitung des Führers des Betriebes das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Betriebsgemeinschaft zu vertiefen“.²⁶ Allein der Name verrät eine völlig andere Einstellung: Es sollte sich nicht mehr um die Kontrolle seitens der Arbeitenden handeln und auch nicht um das Einklagen von rational begründeten Arbeiterinteressen, jetzt sollte eine emotionale Gestimmtheit, das Vertrauen, das Wichtigste zwischen beiden Parteien sein. Und dem Vertrauensrat fiel die Aufgabe zu, durch ideologisch-emotionale Einflussnahme eine wahre Betriebsgemeinschaft zu schaffen. Der Gedanke, dass alle gleich seien, wie ihn die alten Betriebsräte postuliert hätten, sei eine „teuflische Lüge“.²⁷ Robert Ley, Gründer der Deutschen Arbeitsfront, erklärte 1935, es gebe rangmäßige Unterschiede und das mit Recht: „Im Betrieb muß befohlen und gehorcht werden. Das muß so sein. Das muß auch der Soldat, das muß überhaupt jeder, wenn etwas geleistet werden soll. Rangunterschiede müssen sein. Das sieht auch jeder vernünftige Mensch ein. Aber außerhalb des Betriebes sind die Menschen nur Volksgenossen zu Volksgenossen.“²⁸ An Konflikte dachte man nicht oder allenfalls am Rande, und für Tarifregelungen – bisher der Löwenanteil der Betriebsrätearbeit – sollte ein externer Treuhänder der Arbeit zuständig sein, der nunmehr den Part der Gewerkschaften bzw. eines Schlichters übernahm. So war es im Gesetz geregelt und für die Zeche

Westfalen vorgesehen. So war es mit dem überzeugten Nationalsozialisten Heinrich Clausen aber nicht zu machen. Der Betriebsobmann war – salopp gesagt – eine Nervensäge für den Betriebsführer Morsbach und für manch anderen auch. Es gab kaum einmal Sitzungen, in denen Clausen stumm blieb und die Verfahren nicht in Frage stellte. Die Sitzungsprotokolle sind gespickt mit seinen Einwüfen. Wenn Heinrich Clausen Auskunft begehrte, wenn er Missfallen äußerte, waren das für die Zehengewaltigen in Ahlen stets Anlässe zur Unruhe und Nervosität. Er war ein Musterbeispiel eines „Nörglers und Kritikasters“, wie ihn die Nationalsozialisten wenig schätzten.²⁹ Eine komplette Seite in der Werkszeitung „Der Westfale“ war der Funktion des Obmanns gewidmet. Das Blatt wurde von der DAF und von dem DINTA³⁰ herausgegeben. Gauobmann Fritz Johlitz aus Essen legte dort die Aufgaben des Obmanns dar und betonte, er müsse die Arbeiter immer wieder auf die „politische Zielsetzung“ zurückführen.³¹ Wichtiger als fachliche Kompetenz sei die politische Einstellung der Betriebsgemeinschaft. Der Obmann stehe im Brennpunkt, wenn es heißt, die wahre Betriebsgemeinschaft zu schaffen, er sei ein „richtiger Feldwebel an der Seite des Betriebsführers“. Clausen ließ es an politischer Linientreue nicht fehlen, geriet aber dennoch immer wieder mit den Leitungen und auch mal mit Morsbach in Konflikt. In der Zeitung „Der Westfale“ präsentierten sich beide, der Führer des Betriebs und der Betriebsobmann, aber oft genug einmütig, etwa wenn sie gemeinsam zu Spenden für die „sudetendeutschen Brüder“ aufriefen.³²



Abb. 6: Ansprache von Zechendirektor Heinrich Morsbach bei der Kundgebung zum 1. Mai 1935. (© Josef Hesse, Ahlen)

Heinrich Morsbach – „Führer“ und „Fürsorger“ des Betriebs

Der katholische Heinrich Maria Florenz Morsbach (1892-1972) hatte die Volksschule in Bad Oeynhausen besucht, das Gymnasium in Herford und die Universität in München, bevor er 1917 das Bergreferendarexamen an der Berliner Bergakademie bestand. Nachdem er dort 1921 auch das Assessorexamen abgelegt hatte, arbeitete er als technischer Hilfsarbeiter auf der Zeche Shamrock in Herne, dann seit 1924 als Betriebsdirektor der Zeche Schlägel & Eisen in Herten, wo er von 1932 bis 1935 auch als Bergwerksdirektor tätig war.³³ Morsbach begrüßte das Erstarken des Nationalsozialismus, wie er in Herten auf seiner alten Position bereits deutlich gemacht hatte.³⁴ Indessen zählte er wohl eher zu den konservativen, der Deutsch-Nationalen Volkspartei (DNVP) nahestehenden Assessorenschicht, die sich durch Arroganz und durch Herr-im-Haus-Mentalität hervortat.³⁵ Zur selben Zeit, als er auf die von Unruhe geschüttelte Zeche nach Ahlen kam und dort am 1. September 1935 seinen Dienst mit Glückwünschen der DCGG antrat, wechselte Erich Quentin zum November des Jahres als Direktor auf die Zeche Schlägel & Eisen.³⁶

Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom Januar 1934 stärkte in erster Linie die Position des Bergwerksdirektors. Er hatte zwar Vorgaben vom Wirtschaftsministerium, vom Kohlen-Syndikat oder der Bezirksgruppe Ruhr zu beherzigen, stand aber im Betrieb unangefochten an der Spitze: Er überragte alle als Führer des Betriebs, wie es im nationalsozialistischen Jargon hieß. Neben ihm spielte der Betriebsobmann

eine wichtige Rolle, während allerdings der Vertrauensrat mehr und mehr an Bedeutung verlor. Beinahe zwangsläufig scheint es daher, dass ab 1936 überhaupt kein Vertrauensrat mehr gewählt wurde. Zunächst war die Wahl dieses Gremiums „bis auf weiteres“ ausgesetzt und der bestehende Vertrauensrat bestätigt worden,³⁷ dann erklärte ein Gesetz vom 1. April 1938 die Vertrauensratswahlen für ganz abgeschafft. Unter Mitwirkung der deutschen Arbeitsfront sollten Vertrauensleute fortan berufen werden.

Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit, so erklärte der Treuhänder der Arbeit für Westfalen, Karl Hahn, am 16. Februar 1935 in seinem Beitrag „Förderung der Betriebsgemeinschaft“, läute eine neue Ära ein. Der Betriebsführer (FdB) würde dadurch endlich „wirklich wieder zum verantwortlichen Führer seiner Gefolgschaft“.³⁸ Die Kernaufgaben der solchermaßen gesetzlich gestärkten Betriebsleitung lagen nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern vor allem in der „Pflege ideeller Werte“, in der Menschenführung und Fürsorge. Der Betriebsführer sollte Sorge tragen, dass sich die Gefolgschaft wohlfühlen konnte. „Es muß jedem Gefolgschaftsmitglied letzten Endes möglich sein, mit seinen persönlichen Wünschen und Sorgen an seinen verantwortlichen Betriebsführer heranzukommen“, erläuterte Hahn diese Beziehung, die von großem Vertrauen getragen sein sollte. Der FdB sollte gewissermaßen der „Vater“ der Gefolgschaft werden, eine Rollenauffassung, die an vormoderne Zeiten erinnert. Ja, er sollte der „Gute Kamerad“ sein.

Zweifelloos spricht Hahn menschliche Qualitäten an, deren Vorhandensein das Arbeitsleben in der Tat verbessern konnte. Doch gab es in dem ideologischen Gebäude keinen Platz für die Rech-

te der Arbeiter. Das Verhältnis von Leitung und Arbeitenden war nach dem Führerprinzip organisiert und daher grundsätzlich asymmetrisch. Und wenn der FdB die Arbeitssituation verbesserte, handelte es sich nicht um ein einklagbares Recht, sondern um ein freundliches Entgegenkommen oder um einen Gnadenerweis. Bei dem hier postulierten Vertrauen wurde jeder Interessenkonflikt, erst recht der Klassenkampfgedanke, aufgehoben; vergessen die miesen Arbeitsbedingungen und Lohnsenkungen und was es sonst an schlimmen Erfahrungen geben mochte, die das „Vater-Sohn-Verhältnis“ belasten konnten.

Indessen war FdB Heinrich Morsbach bereit, sich in die Rolle des „Zechenvaters“ einzufinden. In der Zeitung „Der Westfale“ beschwor Morsbach die Betriebsgemeinschaft.³⁹ Alle säßen im selben Boot. Die Zeche, so sagte er, sei für den Einzelnen „Heimat“, alle gehörten zur großen Betriebsfamilie. Und vor diesem Hintergrund veranstaltete er gemeinsam mit der DAF zahlreiche Aktionen zur Stärkung des innerbetrieblichen Gemeinschaftsgeistes.⁴⁰ Morsbach steuerte auch herausragende Leistungen an und brachte es dazu, dass die Zeche Westfalen sowohl 1938 als auch 1944 eine Auszeichnung als nationalsozialistischer Musterbetrieb bzw. Kriegsmusterbetrieb erhielt; der Titel wurde jeweils am 1. Mai verliehen.⁴¹

Unter der Ägide von Heinrich Morsbach konnte sich die Deutsche Arbeitsfront mit ihren Unterabteilungen Kraft durch Freude (KdF), Schönheit der Arbeit etc. auf dem Bergwerk erheblich

ausweiten. Besonders frequentiert war die Abteilung KdF, die eine Fülle von Vergnügungsangeboten bereit hielt und es vor allem auch finanziell weniger gut gestellten Menschen ermöglichte, Reisen zu unternehmen und an günstigen Freizeitveranstaltungen teilzunehmen. Das Ortsamt Ahlen der NS-Gemeinschaft KdF veranstaltete z. B. am 26. und 28. Oktober 1935 im Schützenhof ein Winzerfest, ein „Fest der deutschen Traube“, um „allen Volksgenossen einige fröhliche Stunden zu bereiten“.⁴² Die Zeche bot ihrer Gefolgschaft Sommerfeste (14. August 1937), Gemeinschaftsabende oder auch Kameradschaftsabende an, wie z. B. das Chorwerk „Sonne über den Betrieben“ am 28. November 1937 im Thalia-Theater I. Betriebsführer Morsbach warb in der Werkszeitung immer wieder für die Teilnahme an diesen Zerstreungen.

Ein weiteres Angebotssegment waren Ausflüge und Reisen. Ausflüge nach Heessen zur Waldbühne, wo das Käthchen von Heilbronn gegeben wurde, oder eine Radtour zum Arbeitsdienstlager Tönneburg in Warendorf wurden von Gruppen angenommen, während die größeren Reisen nur wenigen Gewinnern winkten. In der Art von „mein schönstes Ferienerlebnis“ berichteten Werksangehörige über ihren Urlaub, so etwa Bergmann Kosel aus Ahlen, der das Glück hatte, vom 10. bis zum 29. März 1935 nach Madeira zu reisen. An „meiner Madeirafahrt“ konnten die Leser der Werkszeitung „Der Westfale“ am 27. April 1935 teilhaben.

Abb. 7: Heinrich Clausen (links) und Heinrich Morsbach an der Spitze des Zugs zum 1. Mai 1935. (© Josef Hesse, Ahlen)



Ein gewisser W. H. aus Ahlen warb im Frühjahr 1936 für „ganz billige“ Urlaubsfahrten mit der KdF. Du, „Arbeitskamerad in der Grube“, sprach er den einzelnen Bergmann direkt an, „Nicht wer über Mittel verfügt, die ihm gestatten, teure Reisen aus eigener Tasche bezahlen zu können, soll KdF-Urlaubsfahrer sein, nein du, der du vielfach vielleicht seit deiner Kindheit aus deiner engeren Umgebung nicht hinauskonntest, und dem es jetzt in vielen Fällen nicht möglich war, sich überhaupt eine Vorstellung zu verschaffen von den unbeschreiblichen Schönheiten und der Größe unseres deutschen Vaterlandes.“⁴³

Selbst zum Weltkongress „für Freizeit und Erholung“ – von der DAF organisiert – entsandte das Bergwerk zehn „Kumpels der Zeche Westfalen“ nach Hamburg. Die Teilnahme dort ließ, wie Johann Obermüller schrieb, „Tränen der Freude“ fließen und festigte einmal mehr den „Glauben an das Werk des Führers“.⁴⁴ Die Feierlichkeiten des 1. Mai 1937 eröffnete Heinrich Morsbach damit, dass er 56 KdF-Fahrten an Arbeiter ausgab, die sich an der Verlosung beteiligt hatten. Mit diesem Urlaubssponsoring gewannen die Nationalsozialisten sicher manche Sympathien in der Arbeiterschaft – doch war das alles nur ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn es darum ging, ihre schlechte Situation tatsächlich zu verbessern. Denn für gute Arbeitsbedingungen, ausreichende Versorgung und angemessene Löhne war damit nur wenig getan.

Die Zeche veranstaltete zum Zweck der Leistungssteigerung Sportturniere. Und außerdem beteiligte sich Morsbach mit der Zeche Westfalen an den Reichsberufswettkämpfen (RBW), der „Olympiade der Arbeit“, die die DAF ausrichtete. Manche Zechen im Revier verzichteten auf die Kooperation mit der DAF, um deren Einfluss auf den Betrieb nicht noch zu steigern. Bei vielen anderen Bergwerken aber traten vor allem Jugendliche einmal jährlich sonntags zum Berufswettkampf an.⁴⁵ Der RBW umfasste im Jahr 1939 auf der Zeche Westfalen: eine sportliche Prüfung, handwerkliches Arbeiten und einen theoretischen Test. Bei der „Leistungsschau“ waren Morsbach, die Abteilungsleitungen und der Betriebsobmann selbstverständlich anwesend. „In dem frohen Bewußtsein aller Beteiligten am Aufbauwerk des Führers mitgeholfen zu haben, fand der Tag des Wettkampfes im Bergbau für die Zeche Westfalen seinen Abschluß“, fasste der Bericht in der Werkszeitung die Tagesereignisse zusammen und machte deutlich, dass auch hinter diesen Aktivitäten stets der politische Zweck zu sehen war.

Schönheit der Kolonie

Die Zeche Westfalen schrieb aber auch gemeinsam mit der Zeche de Wendel in Herringen den Wettkampf in der Schönheit der Koloniegärten aus. Der Wettbewerb um die Schönheit der Kolonie im Sommer 1935 und die Prämierung der schönsten Gärten in Ahlen und in Herringen lässt an das Amt Schönheit der Arbeit denken, das im November 1933 ebenfalls von der Deutschen Arbeitsfront eingerichtet worden war und unter der Leitung von Albert Speer arbeitete. Dieses seltsam klingende Amt widmete sich gestalterischen Aufgaben in den Stätten der Arbeit. Am bekanntesten sind seine Produktionen von Alltagsgeschirr und Besteck. Die schlichten Teller wurden bei Hutschenreuther in Selb hergestellt und trugen auf der Unterseite auch den Stempel Amt Schönheit der Arbeit. Zahllose Betriebskantinen bezogen solches Geschirr – etwa auch die Westfälische Drahtindustrie (WDI) in Hamm – und ein Besteck, das durch schlichte Funktio-

nalität für sich einnehmen konnte. Auch die Arbeitsplätze sollten angenehmer gestaltet werden. So erhielt die Zeche Westfalen endlich eigene Aufenthaltsräume, die den Bergmann „in seinen Pausen zur Rast einladen“.⁴⁶ So sinnvoll eine sorgsame Gestaltung von Räumen sein mag, in denen Menschen sich lange Zeit aufhalten müssen – sie zeugt auch von einem gewissen Respekt den Arbeitenden gegenüber –, es geriet aber der „schöne Arbeitsplatz“ zur Augenwischerei, wenn daneben tarifliche Fragen und Mitbestimmung überhaupt keine Rolle spielten.

Allerdings sollte der Umstand, dass die Ideologie von der Volksgemeinschaft „altväterlich und verlogen“ klang und die Bemühungen des Amtes Schönheit der Arbeit als „Blumentopfsozialismus“ oder „Blumentopfromantik“ diskreditiert wurden, nicht dazu verleiten, diese Ansätze nicht ernst zu nehmen. Tilla Siegel macht deutlich, dass diese Praktiken eine „sozialtechnische Rationalisierung der Gesellschaft“ zum Ziel hatten.⁴⁷ Den NS-Arbeitsforschern war klar, dass man die Arbeiterschaft nicht allein durch Verbote für den neuen Staat gewinnen konnte. Es musste materielle Zugeständnisse geben, um zur Hebung der „Arbeitsfreude“, d. h. zur Leistungssteigerung, zu gelangen. Siegel sieht im Leistungsprinzip die zentrale Idee der NS-Ideologie. Die Arbeit der DAF zielte auf die Erziehung des „einstigen Klassenmenschen zum Gemeinschaftswesen“.⁴⁸ So sollten die Ursachen des sozialen Unfriedens beseitigt werden.

Durchdringung aller Lebensbereiche: Die Werksfürsorge

Das nachhaltigste Element der neuen innerbetrieblichen Sozialpolitik war aber wohl die Einrichtung der Werksfürsorge, die Morsbach auf der Zeche Westfalen anstieß. „Wir wissen ja, einen wie großen Einfluß das Familienleben auf die Zufriedenheit, Arbeitslust und innere Haltung des Mannes, der das Brot verdienen muß, ausübt“, erklärte Morsbach und sah es daher als „selbstverständliche Pflicht des Führers des Betriebes“, sich um die Familien seiner Gefolgschaft zu kümmern. Dazu sollte Elisabeth Till als Werksfürsorgerin im Frühjahr 1936 ihre Stelle antreten; ein eigenes Gebäude am Horst-Wessel-Platz (Glückaufplatz 3) war den Fürsorgetätigkeiten gewidmet. Im einzelnen betreute Frau Till die Familien bei ihren Besuchen, sie bot aber auch Haushaltskurse mit Kochen und Nähen an, „eine volkspflegerische Einrichtung“, die nur Frauen offenstehen sollte, die nicht kommen, „um zu nörgeln und zu knurren“.⁴⁹

Zum 1. Januar 1937 ging auch der Kindergarten an der Schachtstraße, den bislang die „Schwestern Unserer Lieben Frau“ geführt hatten, auf die Werksfürsorge über.⁵⁰ Dieser Wechsel fand nicht bei allen Familien Beifall, und so rang Morsbach sich eine halbwegs plausible Erklärung ab. Es sei nicht sinnvoll, meinte er, wenn eine Organisation, „die an sich nichts mit dem Betriebe zu tun hat, also betriebsfremd ist“, die Aufgabe der Betreuung versähe. Daher die Übernahme durch die Zeche. Er traute sich offenbar ebenso wenig wie Clausen, in dieser Sache Klartext zu sprechen und deutlich zu machen, dass für die Zeche nicht nur formale Gründe eine Rolle spielten, sondern es ihr vor allem darum ging, den kirchlich-religiösen Einfluss von der Gefolgschaft fernzuhalten und die Einrichtung zur Ausbreitung der NS-Ideologie zu nutzen. Der Einfluss der DAF und damit der nationalsozialistischen Ideologie sollte alle „Volksgenossen“ von der Wiege bis zur Bahre begleiten, so der Totalitätsanspruch von Robert Ley's Organisation.

Morsbach fügte sich willig, als Instrument zur Verbreitung der NS-Ideologie zu fungieren. „Die Zeiten sind vorbei, wo es hieß: Was der Bergmann außerhalb des Zechenplatzes treibt, geht die Zeche nichts an. Nein, die Betriebsgemeinschaft hört beim Zechentor durchaus nicht auf!“⁵¹ Unter solchen patriarchalen Arbeitsstrukturen war das ganze Leben jedes Arbeiters und seiner Angehörigen dem autoritären politischen Zugriff der Zechenleitung ausgesetzt – oder sollte es zumindest sein: Die Fürsorgerin machte Familienbesuche und besaß damit einen guten Überblick über die häusliche Situation: Zweifelhaft Eindrücke wird sie dem Betriebsführer sicher gemeldet haben. Kontrolle und Überwachung der Volksgenossen war in dieser totalitären Struktur gewährleistet.

Vertrauensrat und Widerstand

Die Wahl der Vertrauensmänner auf der Zeche Westfalen war am 17. und 18. April 1934 „ohne Störung“ verlaufen, wusste der zuständige Bergobersekretär in Hamm, Stasinowsky, zu berichten.⁵² Allerdings hatten von den 1.885 Wahlberechtigten nur 88,4 Prozent (= 1.668) an der Wahl teilgenommen, und von den abgegebenen Stimmen waren 270 (= 16,2 %) ungültig. Der Betriebsobmann musste sich in Ahlen mit einer Zustimmung von 64 Prozent (1.073 Stimmen) der abgegebenen Stimmen begnügen. Das war kein berauschendes Ergebnis. Im Jahr 1935 fiel die Wahl für Clausen und den Kurs der NSDAP schon günstiger aus. Von 1.959 Wahlberechtigten hatten 88,4 Prozent ihre Stimme abgegeben (= 1.778 Stimmen), und nur 24 ungültige Stimmzettel wurden gezählt; Clausen erhielt 1.457 Stimmen, also 82 Prozent Zustimmung. Es ist nicht ganz einfach, diese Ergebnisse zu deuten; die höhere Akzeptanz des Obmanns Clausen sticht allerdings ins Auge. Uwe Rennspieß, der als erster eine grundlegende historische Arbeit zur Zeche Westfalen vorgelegt hat, geht davon aus, dass die Aufwertung der Arbeit, die die Nationalsozialisten betrieben, sich positiv auf die Bergleute aus Resignation angepasst hätten.⁵³ Mir scheint das allein nicht überzeugend, denn es muss m. E. auch einen Grund geben, der nur für die Zeche Westfalen gilt. Insbesondere durch das Ungültigmachen der Stimmzettel drückten die Bergleute ihren Protest gegen die Bergwerksleitung und die Regierung aus, wenn sie überhaupt an der Wahl teilnahmen. Ähnliche Ergebnisse wie auf Westfalen gab es auch auf anderen Zechen des Bergamts Hamm. Im Jahr 1934 beteiligten sich auf der Zeche Radbod in Bockum-Hövel nur 76 Prozent



Abb. 8: „Die Vertrauensratswahlen für 1936“, Der Westfale, 1. Februar 1936.

der Berechtigten an der Wahl, 130 von ihnen wählten ungültig. Auf der Zeche Sachsen in Heessen nahmen zwar 91,2 Prozent aller Berechtigten teil, aber mit 263 (= 18,8 Prozent) wählte fast ein Fünftel ungültig. Auch wurde in Heessen der nationalsozialistische Obmann nicht bestätigt; der alte Betriebsrat erhielt die meisten, der Obmann die wenigsten Stimmen. Auf der Zeche Radbod konnte sich der ernannte Obmann bei den Arbeitern ebenfalls nicht durchsetzen; alle wurden gewählt, nur er nicht. In Ahlen machte man sich angesichts der ungültigen Stimmzettel über die „malerischen Fähigkeiten“ der Arbeiter lustig, die die Stimmzettel zur Unmutsäußerung genutzt hatten.⁵⁴ Immerhin tat sich der Gaubetriebszellenobmann in Essen, Fritz Johlitz, bei der Kommentierung der Vertrauensratswahlen schwer und erklärte, die Gegenstimmen kämen von Personen, „die an einem

geordneten Staatwesen niemals ein Interesse bekunden werden, das sogenannte Untermenschentum“.⁵⁵

Anders als in Ahlen wurden auf den anderen Zechen des Bergamts Hamm auch im folgenden Jahr 1935 in großer Zahl ungültige Stimmzettel abgegeben, auf Zeche Sachsen etwa 10 Prozent (145 Stimmen), auf Zeche Radbod versagten 310 Personen ihre Zustimmung zum Wahlverfahren, und auf der Zeche de Wendel in Herringen ließen sogar 355 Personen einen ungültigen Zettel in die Urne wandern. In Anbetracht dieser Ergebnisse ist nicht nachvollziehbar, warum ausgerechnet in Ahlen auf Zeche Westfalen nur 24 ungültige Stimmen gezählt wurden. Es passt nicht in den allgemeinen Trend, der nach wie vor von großer Unzufriedenheit mit dem NS-Regime zeugt. Entweder, so ist zu vermuten, waren die Ergebnisse gefälscht oder versehentlich falsch gezählt, oder aber Clausen hatte tatsächlich erheblichen Rückhalt in der Belegschaft. Ganz gewiss aber war der Hintergrund für dieses Wahlverhalten nicht in der mangelnden Kompetenz der Bergleute zu suchen, wie es das Oberbergamt vermutete. Die Behörde ging davon aus, dass die Leute „statt einer etwaigen Durchstreichung der Namen derjenigen, die sie ablehnen wollten, die Namen von denen angekreuzt oder unterstrichen haben, die ihre Zustimmung erhalten sollten.“⁵⁶

Im Jahr 1936 hieß es, die Vertrauensratswahlen seien bis auf weiteres ausgesetzt, und am 1. April 1938 wurden die Wahlen gänzlich abgeschafft. Selbst die Vorspiegelung einer Arbeitervertretung fand keinen Platz mehr im NS-System. So aber blieb Heinrich Clausen weiterhin durchgängig der prominente Kopf aus der Arbeiterschaft und ein unbequemer Widerpart gegen die konservative Betriebsführung.

Mehr Arbeit – mehr Ehre

Am 18. September 1936 war unter der Ägide des SS-Brigadeführers und Reichswirtschaftsministers a. D. Kurt Schmitt in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der DCGG der symbolische erste Spatenstich zum Schacht Magdeburg im Grubenfeld Mitteldeutschland erfolgt. Die Teufe des neuen Wetterschachts wirkte für Zechenleitung und Parteivertreter wie ein Hoffnungstreifen am Horizont, denn sie leitete die weitere Erschließung des Grubenfeldes ein.⁵⁷ „Das ist aber wohl sicher, wir verdanken es einzig und allein unserem Führer, daß wir hier bauen“, führte Morsbach die Aufschwungsperspektive auf das Wirken des nationalsozialistischen Systems zurück.⁵⁸ Clausen regte nun an, dass die Bergleute, die auf diesem neuen, ziemlich entfernten Schacht zum Einsatz kamen, von der Zeche Fahrräder gestellt bekommen sollten.⁵⁹ Auch die Anfahrt der Bergleute aus Beckum mit dem Fahrrad sei zu weit, da müsse man Alternativen schaffen und vielleicht einen Bus einsetzen.

Clausen jedenfalls brachte auch soziale Aspekte in seine Argumentationen ein, und er wagte es überdies, die „Lohnfrage“, die die Zechenleitung tunlichst außen vor lassen wollte, anzuschneiden. Sieben Feierschichten wurden am 1. Juli 1936 vom Vertrauensrat gemeldet, der über die „Notlage“ der Arbeiter klagte und mehr Lohn forderte.⁶⁰ Die Unzufriedenheit der Bergleute wuchs, denn zu den materiellen Einbußen kam noch, dass sie in einem unwürdigen System der Antreiberei arbeiten mussten. Das Bergwerk versuchte dem kompensatorisch seine Sozialpolitik entgegenzusetzen, gleichwohl schlug sich die Missstimmung in steigenden Krankenziffern nieder. Schon 1936 gab es Gerüchte, im Ruhrbergbau würde demnächst gestreikt.⁶¹ Und auch die Ar-

beitsniederlegung der Opel-Arbeiter im Juni 1936 und eine daran anknüpfende kommunistische Flugblattagitatio schreckte die nationalsozialistischen Arbeitgeber auf. Ab 1937 gab es beinahe Vollbeschäftigung, die Löhne stiegen aber nicht. Daher zählte man immer mehr Fehlzeiten. Auch Sonntagsarbeitspflicht und Arbeitszeitverlängerung mit ständigem Leistungsdruck brachten nicht die von den Grubeneignern gewünschten Förderzahlen – allerdings wachsenden Unmut unter den Bergleuten:

„Das Schaf, das Pferd, die Kuh
Die haben ihre Sonntagsruh,
Nur der Kumpel, das doofe Schwein,
Fährt sonntags ohne Prozente ein.“⁶²

So reimten die Bergleute der Zeche Werne und sprachen damit ihren Kollegen von anderen Bergwerken und von der Zeche Westfalen sicher aus dem Herzen. Clausen äußerte denn auch sein Missfallen darüber, dass den Aussagen des Treuhänders für Arbeit zufolge die Leistung der Zeche Westfalen im Durchschnitt zwar über der anderer Zechen lag, die Löhne aber darunter.⁶³ Weder wollte sich Morsbach in tarifliche Fragen hineinreden lassen noch schätzte er es, wenn sich der Betriebsobmann mit dem Treuhänder für Arbeit in Verbindung setzte, da alles intern geregelt werden sollte. Es gab zwar „mehr Ehre“ für die Arbeit und die Arbeiter, jedoch nicht mehr Lohn, wie Rennspieß sehr treffend bemerkt.⁶⁴ Auch auf diese Situation wussten sich die Bergleute einen Reim zu machen:

„Die Ehre spricht der Dr. Ley,
der schönste Lohn des Bergmanns sei,
wer also nichts zu fressen hat,
der wird jetzt von der Ehre satt.“⁶⁵

Clausen kam mit Morsbach in Konflikt, weil dieser Positionen mit Leuten besetzte, die nicht die Gewähr böten, dass sie die besten „für die Erziehung des neuen deutschen Geistes innerhalb der Betriebskameradschaft“ seien.⁶⁶ Und nicht nur bei regulären Arbeitskräften, auch bei den ausländischen Zwangsarbeitern, die die Zeche nach Kriegsbeginn beschäftigte, forderte Clausen die Einhaltung der Vorgaben der DAF. Denn er klagte darüber, dass die Zeche „die Überwachung der im Betrieb eingesetzten Polen und ebenso die Bezahlung der Polen“ nicht nach den Richtlinien der DAF handhabte.⁶⁷ Es ist anzunehmen, dass die Polen schlechter behandelt wurden, als es die Regelung der DAF vorsah. Morsbach hielt dagegen, dass die Überwachung ganz allein Sache der Polizei sei. Clausen folgte allerdings selbst dem nationalsozialistischen Rassismus, als er mit Kurt Jericho, Betriebsdirektor der Zeche Westfalen, die Bezahlung der polnischen Zivilarbeiter festlegte, die grundsätzlich 10 % weniger Geld erhalten sollten als die deutschen. Da sie aber „mit ihren Leistungen sehr stark hinter“ denen der deutschen Arbeiter lägen, sollte nach den Vorgaben des Reichstrehänders für Arbeit noch einmal 20 Prozent Abzug erfolgen.⁶⁸ Den russischen Kriegsgefangenen, die in der rassistischen Hierarchie der Nazis ganz unten angesiedelt waren, sollte nur noch 50 Prozent des Geldes zustehen, das entsprechende deutsche Arbeitskräfte erhielten.

Der Führer des Betriebs und „sein Feldwebel“

Vereint aber waren der Führer des Betriebs und „sein Feldwebel“, wenn es um die Hochschätzung des Führers ging. Zwar äußerte Clausen sich noch 1937 kritisch über den Stand der Betriebsgemeinschaft; seine Ideen vom NS-Arbeiter schienen nicht

DER WESTFALE



Werks-Zeitung
der Zechen



Westfalen in Ahlen und de Wendel bei Hamm



9. Jahrgang

Zulieferer sind unmittelbar an die West-
faleitung zu richten

25. März 1936

„Der Westfale“ kommt jeden zweiten Samstag
an Westfalegebirge kostenlos zur Verteilung.

Nummer 7

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Arbeitspädagogik im Einvernehmen mit der Deutschen Arbeitsfront

Das ganze Volk hinter dem Führer

Während in London der Völkerbundsrat und die vier Locarno-Mächte England, Frankreich, Italien und Belgien über den Fall „Deutschland“ beraten und zu einer Entschliessung gekommen sind, die die Friedenspolitik des Führers mißachtet und den Geist von Versailles aufzuheben läßt, schied sich das deutsche Volk an, zur Wahlurne zu schreiten, um seinem Führer, dem es in seiner Politik willig und begeistert gefolgt ist, den Dank abzusprechen, auf den er ehelichen Anspruch hat. Die große Rede Adolfs Hitlers im Reichstag am 7. März hatte ihren Eindruck in vielen Ländern der Welt nicht verfehlt. Vor allem in England hat die öffentliche Meinung der Haltung Deutschlands Verständnis entgegengebracht und die Worte des Führers richtig verstanden. Man weiß in der Welt und besonders in England, daß der Führer den Frieden will und daß er sich nur gegen erlittenes Unrecht wehrt; denn er will einen dauerhaften Frieden des Rechtes und der Ehre. Mit Recht hat Adolf Hitler in Karlsruhe darauf verwiesen, daß er niemals an die Stelle gekommen wäre, an der er jetzt steht, wenn er 1918 — unmittelbar nach dem Zusammenbruch — an die Wiederaufstehung des deutschen Volkes nicht nur geglaubt, sondern sich auch mit allen Kräften dafür eingesetzt hätte. Und eine weitere Erinnerung an jene Zeit gilt ihm das Recht, sich als den größten Friedensfreund der Gegenwart zu bezeichnen: seine Teilnahme am Kriege als unbekannter Soldat im Schützengraben. Er hat wahrlich ein Recht zu sagen, daß er den Krieg anders sah als mancher anderer Widerkämpfer. Deshalb glauben wir es ihm aufs Wort, daß er nicht nach militärischen Triumpfen dürstet, sondern wenn überhaupt nach Ruhm, dann nur nach dem einzig erhaltenswerten Ruhm, der Schöpfer des europäischen Friedens zu sein.



Des Führers Tat — der freie Rhein
Kohlezeichnung von H. Waltenberg

Deutschland wurde zehn, wurde fünfzehn Jahre mit dem Trug einer Abrüstung hingehalten, was schließlich insoweit ging, daß zwar eine Abrüstungstagung einberufen wurde, daß aber Frankreich schließlich auf dieser Tagung immer wieder erklärte und erklären ließ, daß es selbst nicht daran denke, irgendwie abzurüsten, daß es aber Deutschland verwehrt bleiben müsse, zu seiner eigenen Verteidigung und Sicherheit Maßnahmen treffen zu dürfen. So gingen die Winkelzüge von Versailles nach Genf, von Paris nach Genf, von Moskau und von Prag aus hin und her, so daß Deutschland immer mehr der Gefahr ausgesetzt wurde, sich auf allen Seiten eingekreist zu sehen. Dabei hatte der Führer und Reichstanzler nach der Machtergreifung sich für das deutsche Volk damit einverstanden erklärt, bis zum letzten Mann und bis zum letzten Waffenschuß abzurüsten, wenn das auf allen Seiten umhellen würde! Die Antwort war ein verlegenes Schweigen. Inzwischen war Hitler in den Völkerbund eingetreten, der von Moskau vierzehn Jahre lang maßlos beschimpft worden war. Inzwischen war Moskau tätig geworden, um die Versailles Sieger für eine Politik einzufangen, die sich gegen das nationalsozialistische Deutschland als den Begleiter des Bolschewismus und Kommunismus richten sollte. Es ist die große geschichtliche Tat des Führers, daß er diesen gefährlichen Knoten durch die Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit am 16. März 1935 zerlöste.

Der Führer besorgte aber nicht nur mit seiner Politik den Bolschewismus, er sah auch mit ihr auch den Weg zu einem dauerhaften Frieden in Europa und der Welt. In London, wohin Deutschland aus seiner Friedenspolitik heraus als Vertreter des Volkstums v. Ribbentrop gelangt hatte, hat dieser klar und deutlich zu den deutschen Vorschlägen erklärt: „Der Inhalt und die Tragweite der deutschen Vorschläge bedürfen keines Kommentars. Sie sind so weit gespannt und umfassend, daß wohl jeder Staatsmann, dem das Wohl Europas am Herzen liegt, nur wünschen kann, sie in dieser oder jener Form bald verwirklicht zu sehen. Möge angesichts dessen der Rat über die Empfindungen des Augenblicks hinweg die Tragweite der geschichtlichen Entscheidung erkennen, die in

Abb. 9: „Das ganze Volk hinter dem Führer“. Der Westfale, 28. März 1936.

verwirklicht. Der „Führer des Betriebs“ und der Obmann zogen dann aber am 1. Januar 1938 gemeinsam eine positive Bilanz über die Qualität der Betriebsgemeinschaft. Sie waren sich einig in der Begeisterung für den Führer Adolf Hitler, der durch die Übernahme des Sudetenlandes und Österreichs das „Großdeutsche Reich“ geschaffen hatte.⁶⁹ Es scheint so, dass Morsbach und Clausen weitaus besser harmonierten als Clausen mit den Zechenbeamten Quentin und de Marées – sei es, dass Morsbach mehr nationalsozialistische Ideen teilte, sei es, dass er den sperrigen Clausen besser zu nehmen wusste.

Morsbach zeigte sich ergriffen vom „außenpolitischen Triumph unseres Führers“, Clausen ging gewissermaßen in pädagogisch-psychologischer Richtung einen Schritt weiter und forderte die Betriebsangehörigen zur Teilhabe an Hitlers Erfolgen auf durch ihren vollen Einsatz, so „daß wir jederzeit dem Führer vor Augen treten und ihm sagen können: Führer, ich habe meine Pflicht voll und ganz getan.“ Beinahe wie das christliche Jüngste Gericht wirkte die Szene, die Clausen entwarf, bei der die Partei-Ideologie das gewissenhafte Über-Ich erfüllte.

Als Hitler den rassistischen Krieg entfesselte, waren Morsbach und Clausen erst recht begeistert. Morsbach verlangte eine gute Grundlage für die Wehrmacht durch die Arbeit der Zeche: Jetzt „müssen wir Kohlen fördern soviel wie nur möglich“, und da die Engländer und Polen die deutschen „Bemühungen um die Erhaltung des Friedens vereiteln“ hatten, sei Pflichterfüllung bis zum Äußersten angesagt, „bis zum Siege dieses heiligen Krieges“, erging sich Morsbach in militaristischem Pathos. Und noch feierlicher: „Wir geloben, zuverlässige und willige Mitkämpfer zu sein“.⁷⁰

Clausen stand dem Betriebsführer im Pathos kaum nach und verklärte den Krieg als Kampf für „deutsches Recht und deutsche Ehre“. Alle, die Kritik daran übten, erklärte Clausen, habe man „kaltzustellen“.⁷¹ Solche exkludierenden Statements vermied Morsbach und appellierte einmal mehr an die Bergleute, „die Versorgung unserer kämpfenden Wehrmacht mit den besten Waffen der Welt“ zu leisten. Er vertraute auf die Stärke der Wehrmacht, da doch 1942 bereits „der zur Erringung des Endsiegs notwendige Lebensraum“ erkämpft war. „Wir wissen, daß alle Befehle vom Führer kommen“ und daher mit Recht den Gehorsam fordern. „Unsere Kinder sollen einmal stolz auf ihre Väter sein.“⁷²

Clausens Abschied

Die mehr oder minder erzwungene Zusammenarbeit von Morsbach und Clausen endete im Jahr 1942. Irgendwann in der zweiten Jahreshälfte dieses Jahres verließ Clausen Ahlen und wurde Soldat bei der Marine, wo er auch in der Vergangenheit schon einmal Erfahrungen gesammelt hatte. Darüber, was ihn dazu bewegt haben mag, die Stellung samt Büro und Einfluss zu räumen, kann man nur spekulieren. Dass Clausen ständig aneckte, wenn er versuchte, die Arbeiterinteressen zu vertreten, war ja nichts Neues. Das Protokoll der Vertrauensrats-sitzung vom 14. Februar 1941 hält fest, dass Morsbach sich beim Kreisobmann beschwert habe, weil Clausen „die Mitglieder des Vertrauensrates tyrannisiere“, doch wurde „diese Ansicht des FdB von keinem der anwesenden Vertrauensratsmitglieder bestätigt.“⁷³ Womöglich eskalierten die Streitigkeiten auch im Zusammenhang mit Fragen, die den Einsatz von ausländischen Arbeitskräften und Zwangsarbeitern angingen. Im Moment lässt

sich nichts Gewisses dazu sagen. Am 30. Juli 1943 erhielt Josef Werner, der seit dem 17. August 1942 kommissarisch den Vertrauensrat leitete, die Bestätigung, dass er nun endgültig die Position des Betriebsobmanns innehatte.

Morsbachs Entlastung

Morsbach führte die Zeche weiter, hatte den massenweisen Einsatz von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern zwar nicht allein zu verantworten, aber doch ihre Arbeitsverhältnisse und ihr Unterkommen. Doch das ist ein anderes Kapitel, das hier nicht behandelt wird. Der Bergwerksdirektor schied 1945 aus dem Dienst, wurde im selben Jahr von Walter Doneit, dieser 1946 von Otto Hesse, abgelöst und siedelte sich zunächst im idyllischen Hammer Osten in der Jägerallee an.

Das Entnazifizierungsverfahren überstand Morsbach ohne große Anfechtungen. In seinem Fragebogen gab er an, er sei am 1. Oktober 1933 in die SA-Reserve eingetreten und dort direkt zum Oberscharführer ernannt worden. 1936 trat er der NSDAP bei. Als Grund notierte er, der „äusserst kämpferisch betonten Stellungnahme des Vertrauensrates“ ein Gegengewicht geboten haben zu wollen. Außerdem war er Mitglied in der DAF, im NS-Bund Deutscher Technik, im Reichsbund Deutsche Familie, im NS-Altherrenbund, in der Deutschen Jägerschaft und im Luftschutzbund, aber jeweils ohne ein Amt zu bekleiden. 1932 hatte er die DVP, 1933 die konservativere DNVP gewählt.

Seinem Fragebogen fügte er fünf Entlastungsschreiben bei: vom Regierungspräsidenten Franz Hackethal, dem Geistlichen Franz Rose aus Bad Hamm, dem Steiger Georg Wehmeier, dem Chefarzt Dr. Rosenbaum und von Pastor Gebhardt. Hackethal, der von 1934 bis 1937 in Ahlen als Bürgermeister amtierte und nach 1945 in Münster zum Regierungspräsidenten avancierte, wies in seinem Schreiben auf etliche Zwiseigkeiten zwischen Morsbach und der NSDAP hin, insbesondere mit Kreisleiter Heinrich Scholdra. Morsbach sei nur ein nominelles Mitglied der Partei gewesen und auch „kein überzeugter Militarist“.⁷⁴ Franz Rose betonte, dass Morsbach und seine Familie „zu den ganz treu katholischen Familien der Gemeinde zählt“. Vor diesem Hintergrund, führte der Geistliche weiter aus, „vertrat er auch den geistigen Kampf, den die besten Männer der katholischen Kirche allzeit gegen die Unwahrheiten, Ungerechtigkeiten und Gewalttaten des Nationalsozialismus geführt haben.“⁷⁵

Georg Wehmeier, Vertreter der Angestellten der Gewerkschaft Westfalen, hob hervor, dass er als „Antifaschist“ Morsbach nicht als „Nazi“ bezeichnen könne: „Er hat als Leiter unseres Betriebes wohl seinen Einfluss für die Gewinnung des Krieges geltend gemacht, sonst aber für parteiliche Zwecke nicht die geringste Propaganda getrieben.“⁷⁶ Dr. Rosenbaum wiederum gab zu Protokoll, dass Morsbach sich bei Kriegsende der Forderung der NSDAP-Kreisleitung, „Sabotage an den deutschen Gruben zu verüben, widersetzt“ habe.⁷⁷ Einer eidesstattlichen Erklärung des Bergarbeiters Bernhard Brücker, Morsbach habe gesagt, „man soll die Bude in Brand setzen“, ging man einfach nicht weiter nach, sie spielte keine Rolle. Und Pastor Gebhardt schließlich bescheinigte recht förmlich den Erhalt von Spendengeldern seitens der Zeche Westfalen.⁷⁸ Der Entnazifizierungs-Ausschuss sah den Bergwerksdirektor als entlastet an und stufte ihn in Kategorie IV ein. Dagegen wandte sich der Haupt-Ausschuss, der unter Berücksichtigung von Brückers Aussage in Morsbach einen „eifrigen Aktivisten“ sah und die Einreihung in Kategorie III



Abb. 10: Tagesanlagen der Zeche Westfalen in Ansicht von West nach Ost mit Fördergerüsten, Schachthallen und Wagenumlaufbrücken, dahinter weitere Betriebsgebäude, im Vordergrund Zechenbahn und Materiallager, ca. 1930er Jahre. (© montan.dok 024901073010)

mit folgender Begründung für angemessen hielt: „Wenn M [...] seinen Einfluss dahin geltend machte, den Krieg zu gewinnen, und bei der Kapitulation noch unbelehrbar war [...], dann war der Oberscharführer Morsbach wohl sehr aktiv“. Morsbach hatte seine Unterlagen aber auch an Prof. Karl Oberste-Brink nach Essen zu einem Sonder-Ausschuss für die Entnazifizierung des Kohlebergbaus gesandt, und das kam ihm, als hätte er es geahnt, nun zugute: „After discussion with the Essen Panel the original verdict had to be revised“, hieß es schließlich.

Mit dem Bergbau hielt Morsbach in den folgenden Jahren Kontakt, indem er die Festschrift der Zeche Heinrich Robert in Heringen im Jahr 1951 erarbeitete und kurz darauf ein ausführliches Manuskript über die Zeche Concordia in Oberhausen vorlegte.⁷⁹ Zu dieser Zeit war er außerdem „Mitarbeiter“ der Versuchsstrecke in Dortmund-Derne der Westfälischen Berggewerkschaftskasse. Kurz darauf wurde er Vorstandsmitglied der Concordia Bergbau-AG in Oberhausen und Direktor der Zeche Concordia. Im Jahr 1972 starb Heinrich Morsbach in Worms. Er wurde in Essen bestattet.

Heinrich Clausen, der Kämpfer für den „deutschen Sozialismus“, dagegen musste sich nach 1945 verantworten. Er soll interniert gewesen sein, verlautete es aus der Verwandtschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg siedelte er sich in Heessen an und lebte

dort auch zeitweise auf dem Brokhof. Seinen Lebensunterhalt bestritt er als Angestellter im öffentlichen Dienst, während er seine freie Zeit mit Lesen, Radio hören, Gartenarbeit und Reisen füllte. Auch in Heessen war er politisch aktiv und focht für die SPD manchen Strauß aus. Im Jahr 1982 starb er dort und wurde auf dem alten – inzwischen nicht mehr existierenden – Friedhof in Heessen bestattet.

Fazit

Das Handeln der beiden Protagonisten, Morsbach und Clausen, zeigt, dass auch in Zeiten des Nationalsozialismus unterschiedliche praktische Optionen gegeben waren. Beide verfolgten, mal mit mehr, mal mit weniger Überzeugung, eine Form von nationalsozialistischer Sozialpolitik im Bergbau. Während Clausen sich vehement für die Belange der Arbeiter einsetzte, stützte sich Morsbach auf die Angebote der DAF. Robert Ley zufolge war „Leistung gleich Sozialismus! Gebt dem deutschen Arbeiter saubere Arbeitsplätze, geordnete und klar aufgeteilte Arbeit, gute Werkzeuge, ertüchtigt ihn in seinem Beruf, bringt ihn in die beste seelische, geistige und körperliche Verfassung, dann seid ihr wahre Sozialisten“.⁸⁰ Bei dieser Art der sozialen Fürsorge

wurde die Position des Betriebsführers gestärkt und ein paternalistisches Verhältnis zu den Arbeitenden zementiert. Dagegen hielt Clausen daran fest, dass die Arbeiter ein Recht auf Mitbestimmung hätten und suchte die Übermacht des FdB und die Herr-im-Haus-Attitüde wenn nicht zu brechen, so doch zu relativieren. Er verfolgte die Idee einer guten nationalsozialistischen Betriebsgemeinschaft, hatte dabei jedoch immer die Interessen der Arbeiter im Blick. Gegen den Primat des Leistungsprinzips machte er geltend, man solle von den „Kumpels“ nicht zu viel verlangen; „es seien eben nicht alle Siegfriedsgestalten“.⁸¹ Clausen glaubte nicht an die gleichmachende Betriebsgemeinschaft, sondern strich den Gegensatz von Grubendirektoren, Beamten und Arbeitern im Zweifelsfall heraus.

Als die Enkelinnen des Heinrich Clausen irgendwann beklommen registrierten, dass Opa ein „Nazi“ gewesen war und dies ihrem Vater vorhielten, wiegelte dieser ab: „Ihr habt ja keine Ahnung, er hat so vielen Leuten geholfen!“⁸² Es bleibt zu hoffen, dass künftige Forschungsarbeit mehr Licht wirft auf das Kräftefeld, in dem einzelne Personen im Nationalsozialismus agierten und wie sie Verantwortung übernahmen; sie handelten zwar nicht immer aus freien Stücken, aber ohne ihr Handeln hätte es die Geschichte der Zeche Westfalen so nicht gegeben.

Anmerkungen

- 1 Mein Dank gilt den Archivarinnen und Archivaren in Ahlen, Bochum, Duisburg und Münster, die die Recherche zu diesem Text unterstützt haben. Ferner danke ich Heinz Hilse sowie besonders den Enkelinnen des Heinrich Clausen.
- 2 Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok) beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum/Bergbau-Archiv (BBA); BBA 157/168.
- 3 montan.dok/BBA 157/168.
- 4 Milert/Tschirbs 2013, S. 85.
- 5 Peter Glomb war am 25. März 1933 in sog. „Schutzhaft“ genommen und in Münster inhaftiert worden. Am 11./12. Dezember 1933 machte das Oberlandesgericht in Hamm ihm und seinen Mitstreitern den Prozess und verurteilte ihn als Mitglied der KPD und des Rot-Front-Kämpferbundes wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 18 Monaten Gefängnis. Da die ihm zur Last gelegte Tat vom Sommer 1932 datierte, wurden Glombs Entschädigungsansprüche nach 1945 abgewiesen, denn zu diesem Zeitpunkt habe „die nationalsozialistische Gewaltherrschaft noch nicht existiert“. LAV NRW Westfalen, Wiedergutmachung, Nr. 3592.
- 6 Das „Gesetz über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen“ erlaubte dem Unternehmen z. B., die Zugehörigkeit zur Arbeitervertretung aufzuheben.
- 7 LAV NRW Westfalen, Generalstaatsanwaltschaft Hamm, Nr. 12801/39. Der erste Bürgermeister als Ortspolizeibehörde beschwerte sich am 14. August 1933.
- 8 montan.dok/BBA 157/167: der stellvertretende Leiter des Fachamtes Bergbau der DAF zur Funktion des Obmanns: H. Siebert: Aufgaben des Betriebsobmanns im Bergbau. Deutsche Bergwerks-Zeitung, 16. Dezember 1942.
- 9 Wisotzky 1983, S. 40-56.
- 10 montan.dok/BBA 157/178.
- 11 montan.dok/BBA 157/178.
- 12 Die Prozessakten liegen leider nicht vor, sodass keine Aussagen zu dessen Ausgang getroffen werden können.
- 13 LAV NRW Westfalen, Bergämter, Nr. 5585, S. 230, Stimmungsbericht vom 28. August 1934.
- 14 montan.dok/BBA 157/164, 14. Februar 1941.
- 15 montan.dok/BBA 157/178, so de Marées am 1. Februar 1935 an den Treuhänder der Arbeit in Essen und 15. Februar 1935, wo de Marées Clausens „Trennung der Gefolgschaft in Angestellte und Kumpels“ kritisiert.
- 16 Faulenbach 1982, S. 225-242; Wisotzky 1983, S. 47.
- 17 Jennemann-Henke 2000, S. 41-66.
- 18 Ernst Brandt auf einer Versammlung von führenden Bergbau-Vertretern des Bergbau-Vereins am 1. April 1933, in Seidel 2009, S. 41-51,

- hier S. 44. Hanns von und zu Loewenstein, ein Vertreter der Bezirksgruppe Ruhr, also der Arbeitgeber im Bergbau, lobte am 29. April 1936 die Nürnberger Rassegesetze als „Quell der völkischen Kraft“. Ebd., S. 45.
- 19 Seidel 2010, S. 3-30, hier S. 13.
 - 20 montan.dok/BBA 157/178. Der Vertrauensrat forderte die Ablösung von Dr. Braun, der aus Dessau abgesandt war (17. November 1934); montan.dok/BBA 157/169. Der Vertrauensrat forderte am 24. Februar 1936, den Betriebsführer des Tagesbetriebs, Jakob, und den Betriebsführer der Kokerei, Dr. Radecke, aus ihren Stellen zu entfernen: „Es ist ein offenes Geheimnis, daß das Wesen des Herrn Jakob sehr zynisch und anmaßend ist, daß er mit seinen Mitarbeitern nicht den Kontakt hat, worauf sich wahres Führertum einzig und allein nur aufbauen kann.“ Und wenn die Anwürfe hinsichtlich seiner fachlichen Inkompetenz gegen Herrn Radecke nicht entkräftet werden könnten, verlangten Clausen und die übrigen neun Räte „seine sofortige, fristlose Entlassung“.
 - 21 montan.dok/BBA 157/178, 26. April 1935.
 - 22 montan.dok/BBA 157/164. Friedrich von Marées (geboren 22. August 1886), Prokurist der DCGG, 1932 Dr.-Ing., 1934 Bergwerksdirektor und Prokurist der DCGG „zu Hamm“, 1936 Landwirt auf Gut Sternholz bei Hamm.
 - 23 montan.dok/BBA 157/164, Schreiben von Quentin vom 22. Juni 1935.
 - 24 montan.dok/BBA 157/178. So Fröhling aus dem Büro des Treuhänders für Arbeit am 24. November 1934 an den Vertrauensrat der Zeche Westfalen.
 - 25 Jennemann-Henke 2000, S. 41-66, hier S. 51.
 - 26 montan.dok/BBA 157/168.
 - 27 Der Westfale, 1. Januar 1938.
 - 28 Arbeitertum, 15. März 1935, zitiert nach Siegel 1989, S. 91.
 - 29 Die Betriebszeitung, „Der Westfale“, wollte erklärtermaßen „den Nörgelgeist dummdreister Kritiker geißeln“; 1. Januar 1938.
 - 30 Das Deutsche Institut für nationalsozialistische Arbeitsforschung und -schulung in der Deutschen Arbeitsfront. Das Deutsche Institut für Arbeitsforschung war vor 1933 eine Einrichtung, die den Unternehmern nahestand. Indem man den Namen erweiterte und das Institut in die DAF eingliederte, machte die NSDAP den neuen Kurs deutlich. 1935/36 ändert sich der Kopf des Blattes und das Institut fand keine Erwähnung mehr.
 - 31 Fritz Johlitz (1893-1974) lebte in Essen, gehörte zwischen 1918 und 1920 den Freikorps an, die die Aufstände in Oberschlesien niederschlugen, begann ab 1930 in Essen mit dem Aufbau der NSBO und tat sich als Herausgeber der DAF/NSBO-Zeitung „Der Ruhrarbeiter. Kampfzeitung für Ehre und Recht der nationalen Arbeit. Amtliches Blatt der NSBO und der DAF“ 1936 hervor.
 - 32 Der Westfale, 11./12. Oktober 1938.
 - 33 Serlo 1938, S. 427f; LAV NRW Rheinland, NW 1035/1262.
 - 34 Hertener Zeitung, 30. Dezember 1933: Kämpfen und Opfern in alt-preußischer soldatischer Haltung: „Die zum Aufbau des Neuen Reiches kommenden Gesetze und Verordnungen werden in unser dienstliches und privates Leben tief einschneiden. Nach dem Grad der Freudigkeit, mit der wir die sich daraus ergebenden Pflichten auf uns nehmen, wollen wir bewertet werden.“
 - 35 Die DNVP vertrat nationalistische bis völkische und auch antisemitische Positionen.
 - 36 Drissen 1949, S. 113.
 - 37 montan.dok/BBA 157/168.
 - 38 Der Westfale, 16. Februar 1935.
 - 39 Der Westfale, 1. Januar 1938.
 - 40 Die DAF war seit etwa 1934 immer stärker geworden auf der Zeche, auch wenn sie keinerlei tarifpolitische Kompetenzen hatte. Bis zum Kriegsbeginn waren fast alle „von KdF erfaßt“.
 - 41 Der Westfale, 7. Mai 1938 und Juni 1944.
 - 42 Der Westfale, 11. November 1937, 20. November 1937.
 - 43 Der Westfale, 23. Mai 1936. Die Dienststelle der KdF befand sich im Hansahof in Ahlen.
 - 44 Der Westfale, 15. August 1936.
 - 45 Der RBW fand statt am 24. März 1935, 3.-15. Februar 1936 und 28. Februar 1937; ab 1938 wurde der RBW auch auf Erwachsene ausgedehnt. Er fand am 5. Februar 1939 und 1944 als „Kriegsberufswettkampf“ statt.
 - 46 Der Westfale, 31. Januar 1941.
 - 47 Schönheit der Arbeit 1941, S. 30 grenzt ästhetische Gestaltung von Grünanlagen von „Blumentopfsozialismus“ ab. Siegel 1989, S. 87.
 - 48 Hupfauer 1938, S. 13, zitiert nach Siegel, S. 90.
 - 49 Der Westfale, 10. Oktober 1936.
 - 50 Der Westfale, 14. August 1937. Erst am 19. August 1937 wurde der Kindergarten wieder eröffnet.
 - 51 Der Westfale, 14. August 1937.
 - 52 montan.dok/BBA 157/157.

- 53 Rennspieß 1989, S. 311f.
 54 Der Westfale, 27. April 1935.
 55 Kommentar im Reichssender Köln, zitiert nach Milert/Tschirbs 2013, S. 88.
 56 LAV NRW Westfalen, Bergämter, Nr. 5585, Vertrauensratsangelegenheiten, 9. Mai 1935.
 57 Kurt Schmitt (1886-1950) stand an der Spitze der Allianz AG und der AEG AG, er war einer der Großindustriellen, die Hitler mit beträchtlichen Geldspenden in den Sattel geholfen hatten.
 58 Der Westfale, 26. September 1936.
 59 montan.dok/BBA 157/166.
 60 montan.dok/BBA 157/157, Stimmungsbericht vom 1. Juli 1936.
 61 Milert/Tschirbs, 2013, S. 94; Wisotzky 1982, S. 430; Morsch, 1988, S. 675f.
 62 Wisotzky 1983, S. 238f.
 63 montan.dok/BBA 157/166: Vortrag Clausen in der Betriebsbesprechung am 23. Januar 1941.
 64 Rennspieß 1989, S. 310.
 65 Zitiert nach Wisotzky 1983, S. 103.
 66 montan.dok/BBA 157/169.
 67 montan.dok/BBA 157/166, 30. Mai 1940.
 68 montan.dok/BBA 157/166, 22. Mai 1941.
 69 Der Westfale, Jahreswechsel 1938/1939.
 70 Der Westfale, 30. Dezember 1939.
 71 Der Westfale, 16. September 1939.
 72 Der Westfale, Jahreswende 1942/1943.
 73 montan.dok/BBA 157/164, 14. Februar 1941.
 74 LAV NRW Rheinland, NW 1035/1262, Schreiben vom 30. Juni 1946.
 75 Ebd., Schreiben vom 12. Juni 1946.
 76 Ebd., Schreiben vom 20. Juni 1946.
 77 Ebd., Schreiben vom 10. Juni 1946.
 78 Ebd., Schreiben vom 24. Juni 1946.
 79 Das Manuskript über die Zeche Concordia hat etwa 300 Seiten und befindet sich in der Bibliothek des Ruhrgebiets in Bochum.
 80 montan.dok/BBA 157/169: darin: Robert Ley: Der Betriebsführer.
 81 montan.dok/BBA 157/178.
 82 Gespräch mit der Verfasserin des Beitrags, 3. August 2016.

- SIEBERT, H.:
 1942 Aufgaben des Betriebsobmanns im Bergbau, in: Deutsche Bergwerks-Zeitung vom 16. Dezember 1942
 SIEGEL, Tilla:
 1989 Leistung und Lohn in der nationalsozialistischen „Ordnung der Arbeit“, Opladen 1989
 WISOTZKY, Klaus:
 1983 Der Ruhrbergbau im Dritten Reich. Studien zur Sozialpolitik im Ruhrbergbau und zum sozialen Verhalten der Bergleute in den Jahren 1933-1939, Düsseldorf 1983
 WISOTZKY, Klaus:
 1983 Der Ruhrbergbau im Dritten Reich. Studien zur Sozialpolitik im Ruhrbergbau und zum sozialen Verhalten der Bergleute in den Jahren 1933-1939, Düsseldorf 1983

Bibliografie

- AMT „SCHÖNHEIT DER ARBEIT“ (HG.):
 1941 Schönheit der Arbeit im Bergbau, Berlin 1941
 DRISSEN, Alfred:
 1949 Alt Schlägel & Eisen, Herne 1949
 FAULENBACH, Bernd:
 1982 Die Preußischen Bergassessoren im Ruhrbergbau. Unternehmermentalität zwischen Obrigkeitsstaat und Privatindustrie, in: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Beispiele aus der Sozialgeschichte der Neuzeit. Rudolf Vierhaus zum 60. Geburtstag, Hg. von Mitarbeitern und Schülern, Göttingen 1982, S. 225-242
 HUPFAUER, Theo:
 1938 Die deutschen Betriebe im ersten Leistungskampf, Berlin 1938
 JENNEMANN-HENKE, Ursula:
 2000 Mit einem neuen Besitzer durch Krise, Diktatur und Krieg (1927-1945), in: Glückauf-Stiftung (Hg.): Zeche Westfalen. Ein Jahrhundert Steinkohlenbergbau in Ahlen, Ahlen 2000, S. 41-66
 MILERT, Werner/TSCHIRBS, Rudolf:
 2013 Zerschlagung der Mitbestimmung 1933. Das Ende der ersten deutschen Betriebsdemokratie. Hg. v. d. Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2013, S. 85
 MORSCH, Günter
 1988 Streik im „Dritten Reich“, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 36 (1988), S. 649-689.
 RENNSPIEß, Uwe:
 1989 „Jenseits der Bahn“. Geschichte der Ahlener Bergarbeiterkolonie und der Zeche Westfalen, Essen 1989
 SEIDEL, Hans-Christoph:
 2010 Bergbaelite und Parteilite. Der Rücktritt Ernst Brandis vom Vorsitz der Bezirksgruppe Steinkohlenbergbau im Juni 1937, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 55 (2010), H. 1, S. 3-30
 SEIDEL, Hans-Christoph:
 2009 Die Bergbauverbände im Nationalsozialismus, in: Tenfelde, Klaus (Hg.): Verbandspolitik und Kultur/150 Jahre Bergbau-Verein und Bergbau-Bücherei, Bochum 2009, S. 41-51
 SERLO, Walter:
 1938 Die preußischen Bergassessoren, 5. Aufl. Essen 1938

Anschrift der Verfasserin

Dr. Maria Perrefort
 Gustav-Lübcke-Museum
 Neue Bahnhofstr. 9
 59065 Hamm